

Kolumbien-Monatsbericht No 04
April 2005

Massaker an der Friedensgemeinde von San José de Apartadó
Krieg den Friedensgemeinden !

"Bei der Beerdigung schaue ich in die Augen der Kinder und Jugendlichen, der Frauen und Männer, welche auf der Suche nach ihrem geschätzten Leader und seiner Familie mit dabei waren. Ich schaue in die Augen der neuen Waisen und in die Augen der Witwen, die wie immer zurückbleiben - all dies ist zu viel Schmerz. Die Personen, welche ich auf ihrer ehrenhaften Suche durch die Berge und Schluchten begleitete, stehen zerschmettert auf dem Friedhof von San José de Apartadó."

Was war geschehen? Am 21. Februar 2005 kam es in der abgelegenen Umgebung von San José de Apartadó (Nordwesten von Kolumbien beim Golf von Urabá) zu einem weiteren Massaker. Acht unbewaffnete Mitglieder der Friedensgemeinde (vgl. Kasten), darunter drei Kinder im Alter zwischen 18 Monaten und elf Jahren wurden brutal umgebracht, darunter das Gründungsmitglied und der Gemeinschafts-Leader Luis Eduardo Guerra. Die Überreste der grausam verstümmelten Leichen wurden von einer 120 Personen-Kommission der Friedensgemeinde während vier Tagen gesucht. Der Fotograf Jesús Abad Colorado begleitete sie. Da er aus Respekt gegenüber den Opfern, die er teilweise gut kannte, keine Fotos von diesem Massaker veröffentlichen wollte und konnte, schrieb er einen eindrücklichen Erlebnisbericht, um sein Schweigen über seine Beobachtungen zu brechen (El Tiempo, 25.3.05).

Dieses Massaker ist der vorläufige Höhepunkt eines schrecklichen Plans, wie Padre Javier Giraldo vermutet: "Nach 8 Jahren der Registrierung der gegen diese heroische Gemeinschaft verübten Abscheulichkeiten und ihrer Anklage vor allen möglichen Instanzen, war es für mich schwierig, eine klare Analyse der Vorfälle zu machen. Einerseits kamen mir die mehr als 500 bisher angeklagten Aggressionen gegen die Gemeinschaft in den Sinn und es schien mir, dass alles in der gleichen Logik und im gleichen Stil der Verfolgung und Auslöschung geschah, welcher die Friedensgemeinschaft seit ihrer Gründung im Jahr 1996 ausgesetzt ist. Ich erinnerte mich erschüttert an die vielen früheren Massaker und die dauernden Feindseligkeiten gegen die Führungspersonen und die Mitglieder der Friedensgemeinschaft. Alles schien mir eine Schlussfolgerung aufzuzwingen, welche ich nicht akzeptieren wollte aufgrund ihrer demoralisierenden Folgen: Nichts hat sich geändert; das Urteil zur Auslöschung wird unausweichlich weiter geführt, auch wenn die Diskurse des Staates sich verändert haben."

Nach Padre Javier Giraldo ist auch klar, wer hinter diesem Massaker stand: "Die Gespräche mit mehr als 10 Zeugen erlaubten mir, den Weg des Verbrechens zu rekonstruieren.... Es gab keinen Zweifel. Wir standen vor einem neuen, horrenden Verbrechen des Staates. Die Präsenz einiger Paramilitärs vermischt mit der Truppe, deren Kleidung weitgehend identisch jener der Soldaten ist, haben die Bauern in den neun Jahren schrecklicher Erfahrungen zu identifizieren gelernt. Die Präsenz dieser Paramilitärs innerhalb der Truppe bestätigt und verstärkt nur die staatliche Verantwortung für das Verbrechen."

Die Konsternation im In- und Ausland über diesen Terrorakt - "eine Schande für die Menschheit" (UNO) - löste unmittelbar eine Welle von öffentlichen Erklärungen aus, welche der Ohnmacht, Wut und der unsäglichen Trauer Luft verschafften, aber auch klare Forderung nach schonungsloser Aufklärung auf den Tisch legten. Der offene Brief an Präsident Uribe

von Alexis Ponce, Menschenrechtler aus Ecuador, brachte das Gefühl und die Reflexion vieler auf den Punkt.

"Uns fehlen die Worte... Kinder, zerstückelt - aus welchem Grund? Gibt es eine Rechtfertigung für dieses Verbrechen? Sie müssen es sanktionieren, Herr Präsident! Wenn das Recht herrscht, müssen Sie diese Barbarei sanktionieren. Alle schrecklichen und barbarischen Akte, welche die bewaffneten Akteure begehen - Paramilitärs, Militärs und Guerillas -müssen sanktioniert und verurteilt werden. Verbrechen sind Verbrechen. Sanktionieren Sie dieses Verbrechen, Herr Präsident - wenigstens dieses. Entziehen Sie uns alle Argumente, welche wir gegen Sie haben oder haben können. Tun Sie das, was die Welt glaubt, dass Sie es nicht tun werden. Sanktionieren Sie die 17. Brigade für ein Massaker, für das es keine Rechtfertigung gibt, auch nicht dasjenige der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung... Entziehen Sie damit der Guerilla die Rechtfertigung, ihren Krieg weiterzuführen. Die Anwendung des Rechts ist die beste Methode, die Gewalt auszulöschen. Geben Sie Befehl, dass die aktuelle militärische Ausbildung das Konzept des "inneren Feindes" streicht, welches die Satanisierung all derjenigen nach sich zieht, welche nicht auf den Krieg und die Gewalt setzen. Bei Gott, tun Sie all dies! Wenn Sie dieses Verbrechen nicht sanktionieren, dann rufen wir der Gemeinschaft von San José, ihren Frauen und Kindern zu: Verlasst Kolumbien! Besetzt friedlich europäische Botschaften und diejenigen des Andenraums und bittet um kollektives Asyl. Sagt der Welt, dass es in diesem Land keine Bedingung zum Überleben für Bauerngemeinschaften gibt, welche sich für den Frieden einsetzen und ihre Neutralität gegenüber den Kriegsakteuren erklären!"

Der beschwörende Aufruf aus Ecuador und Tausenden von Protestbriefen von Solidaritätsgruppen (auch der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien ask), Hilfswerken, ParlamentarierInnen, von Regierungen und der UNO sowie von NobelpreisträgerInnen und weltbekannten HonoratorInnen scheint nicht in die tauben Ohren von Präsident Uribe vorgedrungen zu sein. Aus den Opfern wurden - wie so oft in Kolumbien - handkehrum Täter gemacht. Die Regierung Uribe lud sofort das diplomatische Korps in Bogotá ein, um ihre Unschuld zu erklären und ihrem Erzfeind - der FARC-Guerilla - die Schuld in die Schuhe zu schieben. Dazu nahmen sie einen anonymen Zeugen mit, der erklärte, dass kurz vor seinem Tod Luis Eduardo Guerra ihm angerufen habe, um zu fragen, wie er in das Wiedereingliederungsprogramm für Guerilleros aufgenommen werden könne, denn Luis habe sich von der Friedensgemeinde in San José zurückziehen wollen. Für ihn, den sogenannten Zeugen, sei klar, dass die FARC die Autoren des Massakers seien. In Zeitungsartikeln, TV- und Radiosendungen wurde nun mit allen Mitteln die Mär von der "Guerillagemeinde San José" ein weiteres Mal verbreitet - die Opfer zu Tätern gemacht, ohne auch nur einmal einen Beweis für diese Anschuldigungen vorzulegen. Am 20. März erklärte selbst Präsident Uribe vor der 17. Armeebrigade: "In dieser Gemeinschaft gibt es gute Leute. Aber ein paar Leader der Gemeinschaft werden von seriösen Leuten aus dem Dorf bezichtigt, Helfershelfer der FARC-Guerilla zu sein und die Friedensgemeinde zu missbrauchen, um dieser Terroristenorganisation Schutz zu gewähren".

Doch es blieb nicht bei der medialen Schlammschlacht gegen die Friedensgemeinde, sondern im Plan zur Auslöschung dieses Prozesses wurde ein weiterer Schlag oben draufgesetzt: die Militarisierung von San José de Apartadó. General Reynaldo Castellanos erklärte kurz nach dem Massaker, dass das Militär die Pflicht habe, für die Sicherheit aller BewohnerInnen Kolumbiens zu sorgen. "Es ist klar, dass es kein Stück Erde in Kolumbien geben kann, welches den Sicherheitskräften vorenthalten ist. Wohin man uns hinbeordert, gehen wir hin und erfüllen unsere konstitutionelle Pflicht."

Auf den Befehl mussten die Sicherheitskräfte nicht lange warten. Am Sonntag 3. April morgens um 8.25 Uhr ertönte bereits aus einem Lautsprecher die kolumbianische Nationalhymne in San José, um die Präsenz des kolumbianischen Staates in Form von 55 Polizisten anzukündigen. General Castro versicherte in einer Rede, dass die Polizei Entwicklung ins Dorf bringen werde, denn die sei nötig. "Wir sehen mit Verwunderung, dass sich hier während Jahren unzählige NGOs tummelten, aber sie haben der Bevölkerung keine Entwicklung gebracht." Nur wenige verfolgten den aggressiven Diskurs des Generals. 500 Mitglieder der Friedensgemeinde waren bereits weggezogen, um wie angekündigt in der Nähe ihr neues "San Josecito" aufzubauen, denn es sei neben dem Prinzip der Neutralität gegenüber allen bewaffneten Akteuren eine absolute Zumutung, mit den Mördern ihrer Gemeinschaft zusammenleben zu müssen. Alle nationalen und internationalen Versuche, die Regierung zu besonnenem Handeln nach dem Massaker zu bewegen, stiessen ein weiteres Mal auf Granit bei der Regierung Uribe.

Der schreckliche Plan schreitet unbeirrt voran! Die Belästigungen der Mitglieder der Friedensgemeinde gehen weiter. Der nächste feindselige Akt, die widerrechtliche Enteignung der Häuser der Mitglieder der Friedensgemeinde ist bereits angekündigt.

Kommentar

Den Schlag gegen die Friedensgemeinde von San José de Apartadó war ein gezielter Schuss vor den Bug der verschiedenen Friedensgemeinden und -initiativen im Land, welche sich in Kolumbien inmitten des Krieges nicht von dessen Polarisierungsdynamik mit hineinziehen lassen und auf ihr Recht auf Nichteinbezug in den bewaffneten Konflikt pochen. Diese Initiativen sind eine grosse Friedenshoffnung. * Ihr Friedensdiskurs schwebt nicht in den Wolken, sondern ist "geerdet". Er basiert auf konkreten und schmerzlichen Erfahrungen, handelt gewaltlos und ohne Zweideutigkeiten und strebt ein klares Ziel an: ein friedliches Kolumbien, das niemanden weder sozial, politisch, noch seines Geschlechtes oder seiner Kultur wegen ausschliesst. Den Initiativen wurde endgültig der Krieg erklärt. Alle bisherigen Zeugnisse deuten darauf hin, dass hinter dem Massaker in San José das Militär und die Paramilitärs stecken. Wir insistieren, dass die kolumbianische Regierung wirklich alles unternimmt, wie Vizepräsident Santos VertreterInnen der schweizerischen Zivilgesellschaft versprach, um die direkte und indirekte Täterschaft des Massakers vom 21. Februar effizient und rasch aufzudecken und zu bestrafen. Wir unterstützen aber auch Anstrengungen, welche eine unabhängige internationale Untersuchung der Vorfälle vorsieht, denn es gibt gute Gründe, der kolumbianischen Justiz zu misstrauen! Wir fordern aber auch den kolumbianischen Rechtsstaat auf, diese Friedensinitiativen zu respektieren, denn sie basieren auf klaren nationalen und internationalen Rechtsgrundlagen.

Die Friedensinitiativen sind aber nicht nur Zielobjekte der Militärs und Paramilitärs. Auch die FARC-Guerilla respektiert diese Initiativen in ihrem Anliegen nicht, wie die kürzliche Entführung und spätere Freilassung von 5 MenschenrechtlerInnen im Chocó zeigten oder die Ereignisse im Cauca in der Gemeinde Toribio. Wir rufen die FARC auf, diese Initiativen als das zu respektieren, was sie sind: Ausdruck eines kriegsmüden und geschundenen Volkes, das mit ihren gewaltfreien Mitteln ein menschenwürdiges Kolumbien gestalten will!

Friedensgemeinden

sind Gemeinschaften, Dörfer oder Weiler, welche ihr Recht als Zivilbevölkerung auf Nichteinbezug in den bewaffneten Konflikt kollektiv als "Friedensgemeinden" einfordern. In Kolumbien gibt es mehrere solche Gemeinden aber auch andere Initiativen im Widerstand gegen den Krieg und den Einsatz für ein menschenwürdiges Leben. Sie berufen sich alle auf das Internationale Völkerrecht (DIH; Genfer Konventionen und ihre Zusatzprotokolle) sowie auf die Verfassung, welche das Recht auf Frieden und die Pflicht zur Friedenskonstruktion festlegt (Art.22). Das DIH gilt für "bewaffnete Konflikte". Die Regierung Uribe beharrt aber darauf, dass es in Kolumbien keinen bewaffneten Konflikt gibt, sondern nur eine von Terroristengruppen bedrohte Demokratie. Die Begriffe "interner bewaffneter Konflikt" wie "humanitäre Krise" existieren für die Regierung nicht. Damit will sie die kritischen Interventionen der UNO und der internationalen Gemeinschaft abwenden und verhindern und alle BürgerInnen zum "Antiterrorkrieg" verpflichten. Neutralität oder neutrale Friedenszonen haben im Antiterroristenkampf keinen Platz!

Friedensgemeinde San José de Apartadó

1996 vertiefte sich der bewaffnete Konflikt und dessen Polarisierung in Urabá. Die Paramilitärs in verdeckter und offener Zusammenarbeit mit den Militärs begannen das traditionell von den FARC-Guerillas dominierte Gebiet um San José und Apartadó zurück zu erobern. Der Zivilbevölkerung blieben nur die Alternativen: sich einem bewaffneten Akteur anzuschließen, zu fliehen oder von der einen oder anderen Seite umgebracht zu werden. Als Widerstand gegen diese Logik entstand die Friedensgemeinde San José. Sie lehnt jeglichen bewaffneten Akteur (Paramilitärs, Militärs, Guerilla) auf ihrem Gebiet ab und verbietet ihren Mitgliedern, Hilfe an die Bewaffneten zu geben. Die Gemeinde war immer offen gegenüber allen nichtmilitärischen Instanzen des Staates. Nicht nur der Widerstand gegen den Krieg orientiert das Leben der Gemeinde. Sie betreibt gemeinsam Landwirtschaft (Kakao, Baby-Bananen, Mais, Yuca, Bohnen ect.) und führt ein solidarisches Zusammenleben. Die Initiative wurde von keinem bewaffneten Akteur respektiert. Über 150 Mitglieder der Gemeinschaft sind bisher umgebracht worden, die meisten durch Paramilitärs. Mehr als 350 Menschenrechtsverletzungen wurden denunziert. Keiner der Gewaltakte ist bisher durch die kolumbianische Justiz abschliessend aufgeklärt und die Täter bestraft worden. 5 Mitglieder, welche vor der Justiz aussagten wurden von "Unbekannten" umgebracht. Deshalb machte die Gemeinde vor der kolumbianischen Justiz zum Massaker am 21. Februar keine Aussagen, sondern nur vor dem Interamerikanischen Menschenrechtshof in Costa Rica. Dieses höchste Justizgremium verfügte im November 2000, dass der kolumbianische Staat Massnahmen zur Aufklärung der Gewaltakte und zum Schutz der Gemeinschaft vor weiterer Gewalt ergreifen müsse, was das kolumbianische Verfassungsgericht im 2004 bestätigte. Der am 21.2. ermordete Luis Eduardo Guerra, Leader der Friedensgemeinde war in vielen Verhandlungen mit dem Staat und internat. Gremien als Unterhändler dabei. Sein Leben war gekennzeichnet von politischer Gewalt und dem gewaltlosen Widerstand dagegen, aber auch von der unbesiegbaren Hoffnung, dass eine bessere und friedlichere Welt möglich ist. (Mehr: <http://www.cdpsanjose.org>)

Die Friedensinitiativen von unten werden teilweise vom "Friedensprogramm der Schweiz zu Kolumbien SUIPPCOL" unterstützt. Die ASK arbeitet als eine der 7 Trägerorganisationen des Programmes aktiv mit. Wir hoffen, dass das EDA und die politischen Gremien in der Schweiz SUIPPCOL weiterhin politisch und finanziell unterstützen.